

Showdown in Alaska am Freitag: Der Westen wird die Ukraine nicht preisgeben

Im Grunde können sie das Gipfeltreffen in Alaska am Freitag absagen. Denn es wird keinen Deal geben und keinen substanziellen Fortschritt auf dem Weg zum Frieden. Nicht einmal auf dem Weg zu einer Waffenruhe im geschundenen Osten und Süden der von Russland mit Krieg überzogenen Ukraine.

Es kann keine „diplomatische Lösung“ geben, wenn die Ukraine, wenn Präsident Wolodymyr Selenskyj, nicht mit am Verhandlungstisch sitzen. So einfach ist das.

Und wissen Sie warum?

Weil die Ukraine überhaupt nicht vorhat, sich Russland zu unterwerfen. Weil die Ukrainer nach dreieinhalb Jahren Angriffskrieg, befohlen von einem Psychopathen im Kreml, der so gern in die Geschichtsbücher eingehen will als Imperator, der wenigstens einen Teil der Sowjetunion wieder herstellen will, nicht nachgeben werden.

+++Bitte unterstützen Sie unsere publizistische Arbeit mit Ihrer Spende auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @Vers1 Medien+++

Und weil sich die Ukrainer, die einen furchtbaren Blutzoll in ihrem Kampf um die Freiheit und den Anschluss an den Westen erbracht haben, am Ende nicht mit leeren Händen dastehen wollen und zusehen, wie ihr Kinder und Enkel unter russischer Dominanz ihr Leben fristen müssen.

Und auch weil jemand dafür zahlen soll für all das Leid, für die Zerstörungen, die Toten, die Krüppel, die vergewaltigten Frauen und Zehntausende Kleinkinder, die gegen den Willen ihrer Eltern nach Russland verschleppt wurden, um da zu neuen Sowjetmenschen herangezogen zu werden, die man bei Bedarf als totes Fleisch im nächsten Feldzug für den Führer in Moskau verheizen kann.

Die Präsidenten Trump und Putin treffen sich am Freitag

Ohne Selenskyj. In Alaska. Ausgerechnet in Alaska.

Das gehörte einst zu Russland und wurde 1867 an die USA verkauft. Für mickrige 7,2 Millionen US-Dollar. Da hat sich die Sowjetunion 1991 mehr für den Anzug ihrer Truppen aus Ostdeutschland bezahlen lassen. Tatsächlich entblödeten sich russische Militärblogger im vergangenen Jahr nicht, eine breite Diskussion anzustoßen, ob es nicht an der Zeit wäre, Finnland, das Baltikum, Moldawien und auch Alaska dem „Russischen Reich“ wieder einzuverleiben. Jedenfalls formulierte der TV-Moderator Wladimir Solowjow – eine Art russischer Böhmermann – das so in seiner Sendung im russischen Fernsehen.

Angesichts der offenkundigen Schwäche der russischen Armee, die täglich Erfolgsmeldungen über die Einnahme verlassener und weitgehend zerstörter ukrainischer Dörfer im Donbass verbreitet, ein kühnes Ansinnen.

Denn Europa und die NATO sind endlich aufgewacht

Und das ist wichtig, es kommt zur rechten Zeit. Denn die Amerikaner, die Trump-Administration, haben klargemacht, dass sie nicht weiter für den Krieg der Europäer bezahlen wollen. Doch die Europäer können selbst bezahlen – moderne amerikanische Waffen für die Ukraine zum Beispiel.

Weder Präsident Selenskyj noch die großen EU-Staaten wollen dem Schauspiel am Freitag in Alaska einfluss- und tatenlos zuschauen. Und sie werden es auch nicht, weil es keinen russischen Diktatfrieden geben wird, wenn die Ukraine und Europa nicht mitmachen.

US-Präsident Donald Trump hat in den vergangenen Monaten schmerzhaft lernen müssen, dass sein Freund Wladimir gar nicht sein Freund ist, sondern ein offensichtlich größenwahnsinniger Wichtigtuer, der nur deshalb noch im Spiel ist, weil China und Indien mit Öl- und Gaskäufen seine marode Volkswirtschaft leidlich über Wasser hält.

Dazu kommt, dass es bei aller zur Schau gestellten Größmäuligkeit Russlands militärisch gar nicht gut läuft in Donezk und Luhansk. Der Militärökonom Marcus Keupp von der Militärakademie der ETH Zürich, für mich der Topexperte in Sachen militärischer Logistik in Europa, kommt in seiner aktuellen Lagebeurteilung zu dem Ergebnis, dass Putin nur noch bis Oktober 2025 diesen Krieg wird fortsetzen können. Dann sei zwar nicht der Krieg sofort beendet, aber dann werde Russland strategisch auf der Verliererstraße sein.

Es gibt keinen Grund für die Ukraine und den Westen auf einen Kuhhandel zwischen Trump und Putin zu hoffen. Am Mittwoch werden sich Bundeskanzler Friedrich Merz, seine Amtskollegen aus Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, der Ukraine sowie EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, EU-Ratspräsident António Costa, NATO-Generalsekretär Mark Rutte und Trump in unterschiedlichen Zusammensetzungen beraten und den mächtigen amerikanischen Verbündeten auf Freitag vorbereiten. Was er dann daraus macht, das werden wir sehen. Die Unterwerfung der Ukraine unter russisches Joch wird es nicht sein.